



Antrag

Münster, den 22.05.2013

Die Bezirksvertretung Münster Ost möge beschließen:

Der Schülerspezialverkehr bleibt erhalten. Dazu prüft die Verwaltung, inwieweit eine Möglichkeit besteht bei Beibehaltung der derzeitigen Organisationsform eine Elternbeteiligung sicherzustellen.

Weiter wird die Verwaltung aufgefordert, Vorschläge zu unterbreiten, dass in den Schulen mit Schülerspezialverkehr verlässlicher Unterricht sichergestellt werden kann, bzw. den Kindern die den Schülerspezialverkehr nutzen entsprechende Betreuungsangebote gemacht werden, damit die Fahrten reduziert werden können.

Begründung:

Die Stadtstruktur Münsters lässt einen Verzicht auf den Schülerspezialverkehr nicht zu. Gerade die vielen Bauernschaften in den Außenstadtteilen verhindern einen gesicherten Schulbusverkehr, wie er im innerstädtischen Bereich möglich ist. Zur Sicherheit der Kinder ist aber ein verlässlicher Transport sicherzustellen ist.

Die Diskussion über den Schülerspezialverkehr findet nun sein vielen Jahren immer wieder erneut statt. Die Verwaltung hätte, falls die Argumentation stimmt, in der Vergangenheit Initiative über den Städtetag zur Änderung der entsprechenden Gesetze ergreifen müssen, da die Haltung der Politik zum Schülerspezialverkehr hinreichend bekannt war.

Eine grundsätzliche Beteiligung der Eltern an den Fahrtkosten halten wir nicht für ausgeschlossen.

In der Argumentation der Verwaltung wird zur Erbringung des Sparbeitrages die Verantwortlichkeit für die Durchführung des Schülerspezialverkehrs komplett den Eltern aufgebürdet. Eine solche Lösung ist nicht tragfähig, da im Grundschulbereich keine dauerhaften Elternstrukturen entstehen. Nach 4 Jahren verlassen die Kinder die Grundschule und die Eltern orientieren sich zur weiterführenden Schule.

CDU-Kreisverband Münster e.V.

Mauritzstraße 4-6 • 48143 Münster

Telefon (02 51) 4 18 42-0

Telefax (02 51) 4 18 42-44

post@cdu-muenster.de • www.cdu-muenster.de



Die CDU-Fraktion erwartet, dass seitens der Schulen und der Schulverwaltung alles dafür getan wird, das "gesicherter Unterricht" stattfinden kann und dass an den entsprechenden Schulen Betreuungsmöglichkeiten vorhanden sind, um dadurch zu ermöglichen, dass die Anzahl der Fahrten sich auf das notwendige Maß reduzieren lässt.

Für die Fraktion:


Jochen
Bippelius